

EU für



Informationsblatt für Tiroler
Europäerinnen und Europäer

1-09



Europawahlen – die Zukunft mitentscheiden!

Am 7. Juni 2009 sind rund 375 Millionen Bürgerinnen und Bürger Europas aufgerufen, ihre Abgeordneten direkt in das Europäische Parlament zu wählen. Das Europäische Parlament konnte seine Befugnisse in den letzten Jahrzehnten stark ausdehnen: Es ist in der Gesetzgebung ein politischer Machtfaktor, kontrolliert den EU-Haushalt, entscheidet über die Zusammensetzung der Europäi-

schen Kommission und bestimmt nicht zuletzt die Grenzen der EU. Wählen ist das wertvollste Gut der Selbstbestimmung, es ist Ausdruck unserer Freiheit und Verantwortung. Mit einer hohen Wahlbeteiligung stärken wir die Legitimation der Volksvertretung und haben Einfluss auf Tirols Zukunft in Europa. Jetzt sind die TirolerInnen am Zug – es ist unsere Wahl. Nützen wir diese Chance! ■



tirol
Unser Land



**Liebe
Leserinnen,
liebe Leser!**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hält die Welt in Atem. In dieser schwierigen Zeit wächst laut Meinungsumfragen wieder die Überzeugung, dass wir in einer Solidargemeinschaft wie der EU mit gemeinsamer Währung und koordiniert beschlossenen Konjunkturpaketen besser vor den weltweiten Turbulenzen geschützt sind.

Europa ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken, sehr zur Freude oder manchmal – wenn wir uns über zu wenig Mitbestimmung oder zu viele Regulierungen beklagen – zum Leidwesen von uns TirolerInnen. Die Europäische Union hat es nicht leicht, bei den BürgerInnen mit sachlichen Argumenten, die oft eine intensive Auseinandersetzung mit komplexen Materien erfordern und Kompromisse verlangen, zu punkten. Populistisch-polarisierende Strömungen, die von einigen Medien unterstützt werden und als Sammelbecken für besorgte und unzufriedene BürgerInnen dienen, haben bedenklichen Aufwind.

Wenn wir uns nicht aktiv mit Europapolitik auseinandersetzen, wird sie uns fremd bleiben, wir werden uns der Verdienste und Chancen Europas nicht bewusst werden. Wenn Sie sich eine EU wünschen, die handlungsfähig, transparent und demokratisch ist, die nicht nur von den Regierungen und Eliten dirigiert wird, dann ist es wichtig, das Europäische Parlament zu stärken!

Zu glauben, dass die Europawahl ohnehin keine Relevanz hätte, wäre ein schwerer Irrtum. Das Europäische Parlament hat eine zentrale Rolle im Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der EU und vertritt vehement gerade in den Bereichen Soziales sowie Verbraucher- und Umweltschutz die Interessen der BürgerInnen. Das kommt auch uns TirolerInnen direkt zu Gute.

Würden die Wahlverweigerer oder Protestwähler bei dieser Wahl einen Sieg davon tragen, wäre das eine schmerzliche Niederlage für die Demokratie in Europa. Gehen Sie am 7. Juni 2009 wählen, nur so können Sie die Weichen für eine gute Zukunft für sich und die nächste Generation stellen.

Ihr Fritz Staudigl

IMPRESSUM

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER: Land Tirol, Abteilung Südtirol, Europaregion und Außenbeziehungen; REDAKTIONSTEAM
DIESER NUMMER: Karin Greiderer, Andreas Greiter, Cornelia Heis, Michaela Staudigl; REDAKTIONSLEITUNG: Fritz Staudigl;
INTERNET: www.tirol.gv.at/europa; DRUCK: Landeskanzleidirektion;
ALLE: Landhaus, 6020 Innsbruck. LAYOUT und GRAFIK-DESIGN:
John Walton, 6020 Aldrans. DRUCKVORSTUFE: Werner Niederkircher, nuovoline.at. ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG:
Information über für Tirol wichtige Aspekte der Europäischen Union.



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Das Europäische Parla Die Stimme der Völker

Österreichs Stimme hat Ihnen in Brüssel zu wenig Gewicht? Dann sollten Sie am 7. Juni 2009 das Europäische Parlament mit Ihrer Stimme stärken!

Das Europäische Parlament (EP) ist die Vertretung der Völker und Menschen Europas mit Sitz in Straßburg. Das EP ist sowohl Organ der Europäischen Gemeinschaft (EG) mit weitreichenden gesetzgeberischen Befugnissen als auch der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Polizeilichen und Justiziellen Zusammenarbeit (PJZS), wo es Beratungs-, Anhörungs- und Kontrollrechte besitzt.

Die diversen Mitwirkungsrechte im Bereich der **Gesetzgebung** betreffen je nach Materie die Verfahren der

- > Anhörung zu Vorschlägen der Europäischen Kommission,
- > Zusammenarbeit bei Beschlussfassungen über Rechtsakte mit Rat und Europäischer Kommission,
- > Mitentscheidung bei der Erlassung von Rechtsakten mit dem Rat
- > Zustimmung, etwa über die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten oder die Ernennung des Kommissionspräsidenten.

Gemeinsam mit dem Rat stellt das EP den **Gesamthaushaltsplan** der EU fest. Darin erfolgen die politischen Schwerpunktsetzungen, nach denen die öffentlichen Mittel zugeteilt werden.

Schließlich kommt dem EP eine massive politische **Kontrollfunktion** zu, die es ermächtigt, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, einen Missbrauchsantrag gegen die Europäische Kommission zu stellen, Klagen beim

Europäischen Gerichtshof einzubringen und den Europäischen Bürgerbeauftragten zu ernennen.

Das EP hat einen Präsidenten, 14 Vizepräsidenten und sechs Quästoren, welche alle von den Mitgliedern des EP gewählt werden und gemeinsam das Parlamentspräsidium bilden. Die einzelnen Parlamentsabgeordneten gehören je nach ihrer politischen Ausrichtung einer der Fraktionen oder den Fraktionslosen an. Nach der derzeitigen Rechtslage sind für die kommende Wahlperiode 736 Abgeordnetensitze aus 27 Nationen vorgesehen. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, freier und geheimer Wahl für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Österreich besetzt 17 Parlamentsmandate, nach dem EU-Reformvertrag von Lissabon wären es 19 Sitze. Die Abgeordneten werden in Ausschüsse bestellt, wo sie sich fachkundig mit den unterschiedlichsten Sachthemen befassen und die monatlichen öffentlichen Plenarsitzungen des Parlaments vorbereiten. Während die Plenartagungen in Straßburg stattfinden, werden die Ausschusssitzungen in Brüssel abgehalten.



ment – Europas

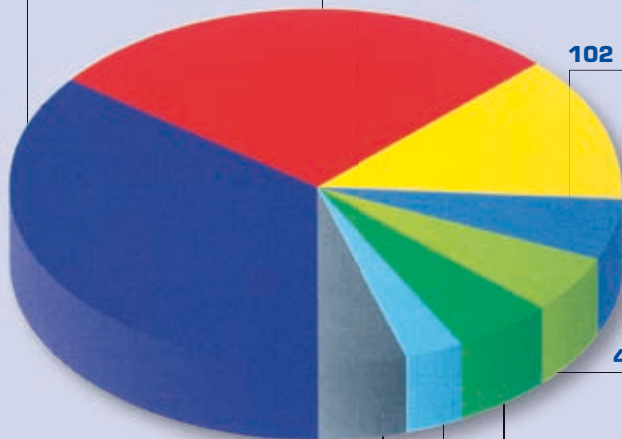


Das EP macht sich als Stimme der BürgerInnen Europas für den sozialen Ausgleich, ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und den Abbau von Arbeitslosigkeit in ganz Europa stark. Weiters setzt es sich für die Einhaltung der Menschen- und Grundrechte, eine gerechte

Ausgestaltung der Globalisierung sowie für die friedenspolitische Rolle der EU in der Welt ein. Alle BürgerInnen haben das Recht, Petitionen an das EP zu richten. Der vom EP bestellte Europäische Bürgerbeauftragte greift Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger auf und geht ihnen nach.

Am 7. Juni 2009 entscheiden wir mit unserer Stimme über die österreichischen Abgeordneten, die unsere Anliegen, Probleme und Ideen im Europäischen Parlament vertreten werden!

285



Sitzverteilung im Europäischen Parlament

Gesamt 785
(Stand 02/2008)

1. Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (EVP-ED)



2. Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament (SPE)



3. Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)



4. Fraktion Union für das Europa der Nationen (UEN)



5. Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA)



6. Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (KVEL/NGL)



7. Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (IND/DEM)



Fraktionslose (FL)





Ich bin der Meinung

Landeshauptmann Günther Platter

Liebe Tirolerinnen und Tiroler!

Das Europäische Parlament ist das einzige Organ der Europäischen Union, dessen Mitglieder direkt vom Volk gewählt werden. Zudem können die WählerInnen durch die Vergabe von Vorzugsstimmen eine Umriehung der KandidatInnen innerhalb der gewählten Partei herbeiführen – ein zusätzliches starkes direktdemokratisches Element. Wenn immer wieder ein Demokratiedefizit in der EU beklagt wird, müssen wir dann nicht gerade jetzt das Europäische Parlament stärken? Ein von der großen Mehrheit der Wahlberechtigten gewähltes Parlament wird jedenfalls eine stärkere Position einnehmen als etwa ein von 40% oder weniger der Wahlberechtigten Gewähltes.

Das Europäische Parlament ist nicht das einzig bestimmende Organ der EU, es konnte aber in den letzten Jahren seine Position gegenüber Rat und Kommission erheblich stärken. In 75% der auf europäischer Ebene zu treffenden Entscheidungen ist es heute ein gleichberechtigter Partner.

Während etwa die Mitglieder der Europäischen Kommission nur der EU gegenüber verantwortlich sind, müssen sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments alle fünf Jahre in ihren Mitgliedstaaten der (Wieder-)Wahl durch die EU-BürgerInnen stellen. Wenn es also gilt, Tiroler Interessen in Brüssel durchzusetzen oder zu verteidigen, können uns unsere Tiroler EU-Abgeordneten – die auch über die Brennergrenze hinweg zusammenarbeiten – wesentlich unterstützen. Sie können sich aber nur dann erfolgreich einsetzen, wenn sie eine politisch aktive Bevölkerung hinter sich haben. Durch die Abgabe unserer Stimme – und die Vergabe von Vorzugsstimmen für unsere Tiroler KandidatInnen – können wir dafür sorgen, dass Tiroler Anliegen im Europäischen Parlament noch stärker berücksichtigt werden.

Die lange Jahre starre, nun aber durch große Anstrengungen verständlichere Haltung der EU etwa zur Transitfrage hat bei vielen Enttäuschung hervorgerufen. Wahlverweigerung bringt uns jedoch in dieser Situation nicht weiter, wir können unsere Anliegen nur mit Europa gemeinsam lösen. Eine hohe Tiroler Wahlbeteiligung ist ein klares und machtvolleres Signal nach Europa, dass wir als engagierte DemokratInnen das gemeinsame Europa nach unseren Vorstellungen mitgestalten wollen.

Ich bitte sie daher, mit Ihrer Stimme die Rolle Tirols und Österreichs in der Europäischen Union zu stärken!

Unsere österreichische

Erfolgreich für unser Tirol, für unsere Wirtschaft, für unsere Umwelt

Richard Seeber, EVP-ED, Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokrat



Seit 2004 vertrete ich als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) mein Heimatland Tirol als Abgeordneter im Europäischen Parlament. Bei vielen wichtigen Gesetzesentscheidungen konnte ich dazu beitragen,

dass die Anliegen Tirols nicht nur gehört, sondern auch durchgesetzt werden.

Dabei liegen mir der Schutz des Wassers vor Verschmutzung sowie die alleinige österreichische Verfügungsgewalt über unser Wasser besonders am Herzen. Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für „Wasserknappheit und Dürre“ setzte ich die klare Festlegung durch, nach der allfällige grenzüberschreitende Wassertransporte weiterhin ausnahmslos in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen und Wassertransporte über weite Strecken nicht als Lösung für Wasserknappheit und Dürre angesehen werden dürfen.

Für die EVP verhandelte ich 2005 die Badegewässer-Richtlinie und konnte erreichen, dass die Standards angehoben wurden und an jedem Badegewässer Informationstafeln über den aktuellen Stand der Wasserqualität angebracht werden müssen. Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für das Thema Hochwasser setzte ich die Einbeziehung des Klimawandels in die Hochwasserrisikobewertung, die Berücksichtigung der Überflutungen aus Abwassersystemen und Fristen für die Umsetzung durch.

Gerade auch für unser transitgeplagtes Land Tirol kämpfte ich für die Verbesserung der Luftqualität in der EU. Die erzielte Lösung legt zum ersten Mal Höchstwerte in ganz Europa für Feinstaub (PM 10) und Ultrafeinstaub (PM 2,5) fest. Auch bei der Beschlussfassung für die Einführung von Euro-V und Euro-VI LKWs habe ich deutliche Verbesserungen erreicht.

Zuletzt stand die Frage des Klimawandels im Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit. Die EU hat sich auf ein ambitioniertes Maß-

nahmenpaket geeinigt, mit dem bis zum Jahr 2020 der CO₂-Ausstoß um 20% verringert und der Anteil an erneuerbaren Energien um 20% gesteigert werden soll. Zentraler Punkt des Klimapakets war der Emissionshandel, also die Verpflichtung für Unternehmen, „Verschmutzungsrechte“ in Form von Zertifikaten einzukaufen. Angesichts der Finanzkrise stellte sich drängend die Frage, wie der Klimaschutz gestaltet werden kann, um den Wirtschaftsstandort Europa nicht zu gefährden. An der erfolgreichen Lösung war ich mit der gesamten EVP-ED Fraktion maßgeblich beteiligt.

In der Haushaltskontrolle nicht locker lassen

Herbert Bösch, SPE, Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament



Seit ich 1995 erstmals ins Europäische Parlament kam, engagiere ich mich vor allem im Bereich des EU-Haushalts und der Haushaltskontrolle. Die Haushaltskontrolle ist Politik im Dienste des europäischen und

somit auch des Tiroler Steuerzahlers, dem wir die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel des EU-Budgets schuldig sind.

In meiner Vorarlberger Heimat gibt es den Ausdruck „nit lugg lo“, nicht locker lassen, den ich mir als Motto gewählt habe. Gerade in der Haushaltskontrolle ist es wichtig, nicht locker zu lassen, um den Haushalt der Europäischen Union transparent und betrugssicher zu gestalten.

Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum betrugssicheren Budget war die Gründung der Europäischen Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF, die auf meinen parlamentarischen Bericht hin 1999 gegründet wurde. 2007 bin ich zum Vorsitzenden des Haushaltskontrollausschusses im Europäischen Parlament gewählt worden.

Vor kurzem ist meinem Ausschuss ein besonderer Erfolg gelungen. Wir haben die Entlastung des EU-Ministerrates vorläufig aufgeschoben, da der Verdacht nicht entkräftet werden konnte, dass es dort „schwarze Kassen“ gibt. Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik werden nämlich offenbar operative Mittel im administra-

n EP-Abgeordneten

tiven Budget „versteckt“, um sie so der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen. Das konnten wir nicht akzeptieren und stimmten daher einer Entlastung des Rates nur unter der Bedingung zu, dass uns voller Einblick ins Budget gewährt wird. Sollte man uns weiterhin wichtige Informationen vorenthalten, werden wir die Entlastung endgültig verweigern, denn ein Budget ohne demokratische Kontrolle ist kein legitimes Budget.

Obwohl im Bereich der Haushaltskontrolle in den vergangenen Jahren viele Erfolge gelungen sind, stehen wir vor weiteren großen Herausforderungen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Regionen, so auch Tirol, werden einen größeren Kontrollaufwand zur ordnungsgemäßen Verwendung des EU-Budgets leisten müssen, da 80% des EU-Budgets über die Mitgliedsstaaten ausgegeben werden. Der Haushaltskontrollausschuss fordert, dass die Finanzminister für die ordnungsgemäße Verwendung von EU-Geldern in ihren Staaten garantieren. Dies wird durch die Abgabe nationaler Erklärungen bestätigt und dann der Kontrolle durch nationale Parlamente und Rechnungshöfe unterzogen.

Ein grünes Europa – für Tirol

Eva Lichtenberger, GRÜNE/EVA, Fraktion der Grünen – Freie Europäische Allianz



Nie zuvor haben zentrale grüne Themen – Klimaschutz, Energieeffizienz, Atomausstieg, Lebensmittelsicherheit, Natur-, Boden-, Tier- und Verbraucherschutz, Biologische Vielfalt und gesundes Leben – einen

solchen Boom erfahren wie in den vergangenen Jahren. Die Verdienste der Grünen um diese Themen sind unbestritten, gerade weil sie heute den Mainstream verkörpern.

Bis zum Jahr 2050 muss Europa 80% seiner Treibhausgase eingespart haben. Das erreichen wir nur, wenn konsequent der Umstieg auf erneuerbare Energien gefördert wird sowie Energieeffizienz und Energieeinsparung vorangetrieben werden. Also raus aus EURATOM (Atomausstieg) und rein in die ERNE (Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz)!

Auch müssen die CO₂-Sünder ordentlich zur Kasse gebeten werden. Der Verkehr als Hauptverursacher von CO₂-Emissionen darf nicht Randthema sein.

Wir Grüne bauen auf Innovation. Die Transportinfrastruktur soll auf ökologisch nachhaltige Art ausgebaut, also mehr Geld für zeitnah realisierbare Projekte für Schiene und Nahverkehr investiert werden. Als verkehrspolitische Sprecherin der Grünen im EU-Parlament vertrete ich eine ganzheitliche Sicht von Mobilität. Es geht um Mobilität im Sinne von think global, act local – also global europäisch denken und dies in Tirol umsetzen.

Massive Investitionen in alternative Energieträger und Energieeffizienz schaffen Jobs und helfen Tirol, Österreich und Europa, wettbewerbsfähig zu bleiben. Diese Investitionen werden vorwiegend in KMUs fließen und tragen so zur Stabilisierung der Tiroler Wirtschaft bei, bedeuten also grünes Geld für schwarze Zahlen.

Die Grünen fordern mehr Freiheit und Sicherheit im Internet und einen fairen Zugang für alle. In den nächsten Jahren werden Recht und Internet ein brisantes Thema bleiben. In diesem Bereich will ich grüne Impulse setzen.

Seit zwei Jahren bin ich stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im EP und setze mich in dieser Funktion natürlich mit den gesamteuropäischen Entwicklungen auseinander. Die nächsten Jahre im EP werden entscheidend für die Entwicklung der Demokratie in den Europäischen Institutionen sein. Es wird um eine Aufwertung des Parlaments in den Entscheidungsprozessen gehen und um die Rolle Europas in der Welt. In erster Linie aber geht es mir um jene, die das europäische Projekt tragen: Die Bürgerinnen und Bürger der EU.

Es geht um mehr als das EU-Parlament

Andreas Mölzer, NI, Fraktionslos



Die Wahlen zum Europäischen Parlament waren für die BürgerInnen quer durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union schon immer besonders uninteressant. Das letzte Mal haben in Österreich

gerade 42% der Wahlberechtigten gewählt. Jene, die die EU kritisch sehen oder gar für eine Rückkehr zur österreichischen Eigenständigkeit sind, mögen sich dabei gesagt haben: Was interessiert mich diese Wahl? Wozu soll ich ein Europäisches Parlament wählen, wenn ich gegen die EU insgesamt bin?

Eine durchaus nachvollziehbare Einstellung, aber eine gefährliche, zumal es sich bei der kommenden EU-Wahl wahrlich um eine Schicksalswahl handelt, geht es doch um die Weichenstellung für den künftigen Weg der europäischen Integration. Die EU – das müssen wir uns alle vergegenwärtigen – ist nichts Fernes, nichts, das irgendwo in Brüssel existiert und kaum Einfluss auf uns hat. Nein, die EU ist längst der politisch und ökonomisch bestimmende Bereich, der über den Alltag und das Leben der ÖsterreicherInnen mehr Einfluss ausübt als unsere Bundesländer, die Kommunen und die Republik selbst. Nicht nur, dass mehr als 80% der Gesetze von Brüssel kommen und im österreichischen Parlament nur mehr durchgewinkt werden, nicht nur, dass wir durch Globalisierung und Europäisierung längst keine eigenständige Volkswirtschaft mehr haben und natürlich auch keine eigene Währung, nein, Europa ist tatsächlich der bestimmende Faktor für die politische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung in all seinen Mitgliedsländern, auch in Österreich. Das ist Faktum.

Es ist daher von existentieller Bedeutung, in welche Richtung sich Europa entwickelt: Hin zu einem zentralistischen Superstaat, der mit seiner Zentralbürokratie alle Lebensbereiche, auch die der entferntesten Mitgliedsregionen, autokratisch durchdringt? Hin zu einem rein ökonomisch orientierten Moloch, in dem die Lobbyisten der multinationalen Konzerne und der internationalen Banken das Sagen haben? Hin zu einem multikulturellen „melting pot“, in dem die Völker und Kulturen des historisch gewachsenen Europa eingeschmolzen und vernichtet werden? Oder wird es ein Europa, in dem der geistige Reichtum dieses Kontinents, die Vielfalt der Nationen, der Völker und Kulturen, die historisch gewachsenen Regionen, die verschiedenen Lebensstile erhalten und bewahrt werden und sich fruchtbar weiterentwickeln können? Ein Europa, wie es die Freiheitlichen vehement fordern, ein Europa, wofür ebendiese Freiheitlichen auch hart und konstruktiv arbeiten. ■



Stimmabgabe auf einem römischen Denar.

In der römischen Republik war jedes Jahr ein Superwahljahr

In der römischen Republik wurden alle wichtigen politischen Ämter jährlich neu vergeben, sodass praktisch ständig Wahlkampfstimmung herrschte. Dies hing mit dem Grundsatz der Annuität zusammen – jedes Amt durfte immer nur ein Jahr ausgeübt werden. Diese Vorschrift – wie auch der Grundsatz der Kollegialität und die Regel, dass zwischen den Ämtern immer ein ämterloser Zeitraum von zwei Jahren liegen musste – sollte eine zu große Machtkonzentration verhindern. Außerdem mussten die Ämter nach einer strengen Reihenfolge, dem *cursus honorum*, durchlaufen werden. Grundvoraussetzungen für diese Ämterlaufbahn waren die Ableistung eines zehnjährigen Militärdienstes und ein Mindestalter, das sich je nach Karrierestufe entsprechend erhöhte. Interessanter Weise durfte ein Wahlwerber auch keinen bezahlten Beruf ausüben.

Die politischen Ämter waren zunächst finanziell nicht einträglich

Da die Ämter reine Ehrenämter waren, mussten die Kandidaten in aller Regel aus wohlhabenden Familien stammen. Finanziell einträglich wurde eine politische Karriere erst, wenn man nach Erreichen eines Konsulats als so genannter *proconsul* die Verwaltung einer römischen Provinz übernahm.

In den Städten wurden hitzige Wahlkämpfe durchgeführt

Mit *ambitio* bezeichnete man alle legalen Wahlwerbungsmittel. Das Wort leitet sich von *ambire* (herumgehen) ab. Dies war die Hauptaktivität der Kandidaten, die zur besseren Erkennbarkeit stets ein weißes Gewand,



eine *toga candida*, trugen. Traditionell wurde man dabei von einem großen Gefolge aus Freunden und oft auch bezahlten Unterstützern begleitet. Wichtig war der *nomenclator*, der dem Kandidaten die Namen der Passanten, denen dieser die Hände schüttelte, einflüsterte. Die Demonstration der Volksnähe war wichtiger als ein politisches Programm, das meist fehlte. Ausschlaggebend waren die Beliebtheit und Großzügigkeit der Wahlwerber. Die Verteilung von Geldgeschenken und die Veranstaltung von Spielen gehörten zur üblichen Wahlwerbung. Allerdings gab es auch richtig illegale Praktiken und Wahlbeste-

chungen, die aber verboten und unter dem Begriff *ambitus* zusammengefasst waren. Für dieses Delikt war ein eigener Gerichtshof eingerichtet. Naturgemäß waren die Grenzen fließend, und tendenziell fielen wohl eher die Aktivitäten der Wahlgegner unter diesen Tatbestand.

Schriftliche Wahlaufrufe waren ein weiteres Mittel der Wahlschlacht

Diese wurden gewöhnlich von Nachbarn und Freunden, aber auch von Berufsgruppen und manchmal auch von Frauen in Auftrag gegeben. Wahlaufrufe finden sich heute noch auf zahlreichen Häusern in Pompeji. Sie waren recht einfallslos und wenig inhaltlich, formelhafte und monotone Aussagen dominierten. Sie bezogen sich teils auf den Kandidaten, wie „Er ist ein guter, rechtschaffener Mann“, teils direkt an die Wähler, wie „Wählt N N, er hat es verdient“. Mitunter wurden konkrete Personen oder Gruppen gar nicht ziperlich zum Wählen aufgerufen, wie „Ubonius, wach auf“ oder „Aystilus, du schläfst“.

Bei einer Analyse moderner Wahlkämpfe finden sich erstaunlich viele Elemente antiker Wahlkämpfe wieder. ■



Abbildungen: Putzfragmente mit Wahlaufrufen, Pompeji.



7. Juni 2009 – Europawahl

Demokratie und Kontrolle muss man wählen!

Die Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten, so auch Österreich, hat sich für einen einzigen Wahlkreis entschieden. Wie bei den Nationalratswahlen gilt für die wahlwerbenden Parteien eine 4%-Hürde, um ein Mandat zu erlangen.

Sie können auch eine Vorzugsstimme vergeben, wobei darauf zu achten ist, dass Ihre Kandidatin bzw. Ihr Kandidat der von Ihnen gewählten Partei angehört. Sie können also nicht eine Partei wählen und dem Kandidaten/der Kandidatin einer anderen Partei eine Vorzugsstimme geben. Dank des Vorzugsstimmensystems können KandidatInnen auf der Liste vorgezogen werden. Die Mandate werden zunächst der Reihe nach jenen Bewerbern zugewiesen, die im Bundesgebiet Vorzugsstimmen im Ausmaß von mindestens 7% der auf ihre Parteiliste entfallenen gültigen Stimmen erzielt haben. Erst dann kommen die übrigen KandidatInnen zum Zug.

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich, die spätestens am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben. Österreichische StaatsbürgerInnen werden in der Europa-Wähler-evidenz der für sie zuständigen Gemeinde geführt. Sie bekommen genau so wie bei anderen Wahlen eine Verständigung, wann und wo Sie Ihre Stimme abgeben können.

Die Stimmabgabe kann auch mittels Wahlkarte in jedem Wahllokal oder per Briefwahl erfolgen.

AuslandsösterreicherInnen und EU-BürgerInnen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft mit Hauptwohnsitz in Österreich müssen sich rechtzeitig in die Europa-Wählerevidenz ihrer Gemeinde in Österreich eintragen lassen. Dies erfolgt mit dem so genannten „gelben Formular“ und gilt danach maximal für zehn Jahre.

Wohnen Sie als ÖsterreicherIn in einem anderen Mitgliedstaat der EU, so steht es Ihnen frei, entweder die Mitglieder des Europäischen Parlaments Ihres Wohnsitz-Mitgliedstaates oder die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen. In diesem Fall müssen Sie dies durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens auf dem Antragsformular erklären.

Wie kann ich wählen? Wahlkarte – Briefwahl

Mittels Wahlkarte können Personen wählen, die sich am Wahltag nicht in ihrer Heimatgemeinde aufhalten.

Eine Wahlkarte können Sie bei der Gemeinde, in deren Wählerevidenz Sie eingetragen sind, mündlich oder schriftlich, per E-Mail oder über die Internetmaske dieser Gemeinde beantragen. Schriftlich können Sie die Wahlkarte bis zum vierten, mündlich

bis zum zweiten Tag vor dem Wahltag, 12.00 Uhr, beantragen.

Mit der Wahlkarte können Sie vor einer Wahlbehörde in allen Wahllokalen, beim Besuch durch eine besondere (fliegende) Wahlbehörde oder aber auch mittels Briefwahl ohne Beisein einer Wahlbehörde wählen.

Vom Ausland aus ist nur die Briefwahl möglich, die zuletzt vereinfacht wurde.

Wer darf kandidieren?

Alle EU-BürgerInnen, die ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben und am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben, können bei den Europawahlen kandidieren. Dafür muss ein Wahlvorschlag bei der Bundeswahlbehörde eingebracht werden, der entweder von zumindest 2.600 ÖsterreicherInnen, drei Nationalratsabgeordneten oder einer/m Europaabgeordneten unterstützt wird. ■





schon gehört

Willkommen beim Europäischen Parlament

Was ist das Europäische Parlament? Welche Kompetenzen und welches politische Gewicht hat es? Welche Ziele verfolgt es für Europa und die Welt, und was bedeuten diese für das tägliche Leben der BürgerInnen? Welchen neuen Herausforderungen muss sich das Europäische Parlament heute stellen? Was tut das Europäische Parlament für Sie, und warum sollten Sie die Chance nutzen, Ihre europäischen Abgeordneten zu wählen? Sie werden feststellen, das Europäische Parlament ist ganz in Ihrer Nähe und ist auch für Sie in Ihren alltäglichen Belangen von Bedeutung.

Mehr Demokratie für Europa – das EP heute und morgen

Das Europäische Parlament, seine Organisation und Aufgaben werden kurz und prägnant vorgestellt.

Wo gibt es EUinfo?

Ein GRATIS-ABO von EUinfo sowie die vorgestellten Broschüren und Dokumente erhalten Sie unter der Adresse:
Amt der Tiroler Landesregierung, Abtlg. Südtirol, Europaregion und Außenbeziehungen, EUROPE DIRECT
A-6020 Innsbruck, Tel. 0512/508-2342, Fax 0512/508-2345,
E-Mail: eu.info@tirol.gv.at, Internet: www.tirol.gv.at/europa

Sacharow-Preis 2008

Der vom Europäischen Parlament jährlich vergebene Preis für geistige Freiheit wurde zuletzt in Straßburg am 17.12.2008 dem chinesischen Bürgerrechtler Hu Jia verliehen. Mit dem nach dem sowjetischen Dissidenten und Physiker Andrej Sacharow benannten Preis werden Personen und Organisationen geehrt, die sich in besonderer Weise für Demokratie und die Achtung der Menschenrechte eingesetzt haben.

Karlspreis der Jugend

Bereits zum zweiten Mal wird dieser Preis am 19.5.2009 in Aachen an junge Menschen vergeben, die sich für Verständigung und Miteinander in Europa engagieren. Letztes Jahr wurde das ungarische Projekt „Schüler ohne Grenzen“ ausgezeichnet.

Interessante Internetlinks zur Europawahl

Homepage des Europäischen Parlaments
www.europarl.europa.eu/elections2009

Informationsbüro des Europäischen Parlaments für Österreich
www.europarl.at

Homepage des Innenministeriums als Wahlbehörde
www.bmi.gv.at/wahlen

Homepage des Außenministeriums für Auslandsösterreicher
www.wahlinfo.aussenministerium.at

Institutionen der EU und andere Organe
www.europa.eu/institutions/inst/parliament/index_de.htm

EuropeDirect Informationsnetzwerk Österreich
www.europainfo.at

Homepage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik
www.euro-info.net

schon gelesen

